

Plädoyer für einen progressiven Etatismus

Welcher Interventionsraum verbirgt sich hinter den subtilen Mechanismen staatlicher Herrschaft? Zehn Autorinnen und Autoren rekonstruieren Pierre Bourdieus Staatstheorie und prüfen mit ihr die symbolischen Befestigungen der legitimen Ordnung auf Veränderbarkeit.

Michael Hirsch/Rüdiger Voigt (Hg.): *Symbolische Gewalt. Politik, Macht und Staat bei Pierre Bourdieu* (d. i. Band 97 der Reihe Staatsverständnisse). Baden-Baden: Nomos, 2017.

Von Martin G. Maier.

Um es vorwegzunehmen: Das vorzustellende Buch ist keines, das sich auch der Benutzung durch diejenigen empfiehlt, *die sich nicht als links verstehen (für solche also, die nicht unbedingt ein Problem damit haben, dass alles so ist, wie es ist.)* (S. 11) Stattdessen wenden sich die mit Bourdieus Staatsauffassung vertrauten Autorinnen und Autoren darin durchweg gegen die patriarchale, neoliberale oder von Feindkonstruktionen gegen die subalternen Klassen durchwobene *doxa*, d. h. gegen die *Wahrnehmungs- und Deutungsschemata der Herrschenden* (S. 151), wie **Marion Löffler** es in ihrem Beitrag formuliert. Sie strafen damit der editorischen Behauptung Lügen, die indes keine wirklich zur Überprüfung vorgesehene Aussage zu sein braucht, sondern wohl eher eine *Captatio Benevolentiae* darstellt: eine rhetorische Figur zur Einstimmung der Leserschaft, ein stummer Appell an ihre Aufnahmebereitschaft und Objektivität. Der Soziologe und Ethnolinguist Pierre Bourdieu, dessen kritische Staatstheorie der Reader würdigen soll, hätte sie wohl nicht überlesen, antizipiert sie doch eine von jenen *Sanktionen des Sprachmarktes*¹, auf die im Kampf der

¹ Pierre Bourdieu, Was heißt sprechen? Die Ökonomie des sprachlichen Tausches. Wien: Braumüller, 1990, S. 27.

Schulen und Positionen gegeneinander gerade herrschaftskritische Wissenschaft ständig ein Auge werfen muss, um sich gegen allzu wohlfeile Kritik des Voluntarismus o. ä. zu wappnen und um überhaupt Geländegewinne zu erzielen.

So bleiben die versammelten Beiträge, jene der Herausgeber miteingeschlossen, einem Staatsverständnis verpflichtet, worin, wie Bourdieus langjähriger Mitarbeiter **Loïc Wacquant** es besonders prägnant formuliert, *jedermann über die Neigung und die Fähigkeit verfügen würde, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen – und die historischen Fallstricke und Möglichkeiten der Kämpfe aufzudecken, die darauf gerichtet sind, ihr Voranschreiten auf unterschiedlichen Gebieten des Lebens zu befördern.* (S. 17) Quasi aus der Position eines *Heckenschützen* heraus, habe Bourdieu immer wieder zu einer libertären Haltung zurückgefunden, aus der er etwa die realexistierende sozialistische Regierung Mitterrand als Erbin **der bürgerlichen** Kabinette stellte, weil sie genauso wie ihre Vorgänger mit formaldemokratischen Verfahren wie der Illusion der Gleichheit der Wahlbürger operierte, *nämlich dass jeder eine Meinung haben kann und hat, dass alle Meinungen gleich(bedeutend) sind und dass es einen Grundkonsens darüber gibt, welche Fragen es wert sind, gestellt zu werden* (S. 23). Wacquant hebt am deutlichsten die dialektische Natur der Kämpfe gegen den *affirmativen Staat* (S. 30) hervor, die Bourdieu als eine Kette von sich erneuernden Negationen auffasste, mit denen die Möglichkeit einer Rückkehr zum Universellen des Politischen wieder ins Gedächtnis gerufen werden könne. Doch bedürfe dieser nie endende Prozess stets der vermittelnden Figur des engagierten Intellektuellen.

Die politischen Kämpfe um das, was das Politische ausmacht, fasse Bourdieu ähnlich wie Carl Schmitt, als *Kampf um die Aneignung von Wörtern* (S. 42). Doch übten Worte in der *Sprache als Instrument der Macht* (S. 43) meist einen magischen Einfluss aus, so der Mitherausgeber **Rüdiger Voigt**, da sie die *Sicht- und Teilungsprinzipien*, die den Blick auf die soziale Welt und auf die in ihr gegebenen Handlungsmöglichkeiten vorstrukturieren, meist unmerklich veränderten. So vermieden beispielsweise hochrangige Politikern gerne die Gefahr, im offenen Disput ihre eingespielten „*Sprachregelungen*“ (S. 43) nolens volens verlassen zu müssen. Doch trifft dieser Befund auf die neueren rechtspopulistischen Bewegungen und Parteien wohl nur noch bedingt zu, weil sie den keineswegs immer kalkulierten Regelbruch nicht scheuen. Wie sehr es etwa dem Front National schon in den letzten Lebensjahren

Bourdieu gelungen war, den Gegensatz zwischen ‚autochthonen‘ Franzosen und solchen mit einer Einwanderungsbiographie an die Stelle der Unterscheidungslogik von arm/reich zu setzen, veranlasste diesen in seinem 1999 im Original erschienenen Text zum politischen Feld zu der Bemerkung: *Es wäre leider unschwer zu zeigen, dass es keine Partei mehr gibt, die sich nicht in ihrem Verhältnis zu dieser Dichotomie, diesem in das politische Feld importierten Teilungsprinzip definiert.*²

Wie weit die Dinge auch in Deutschland mittlerweile vorangeschritten sind, machen **Stephan Lessenich** und **Philipp Rhein** in ihrem Beitrag zum *Verhältnis von Politik und Staat bei Pierre Bourdieu an den politischen Gewaltphantasie[n]* (S. 56) des amtierenden bayerischen Ministerpräsidenten deutlich, der 2015 auf dem Höhepunkt der sog. Flüchtlingskrise von „*wirksamer Notwehr*“ (S. 55) schwadronierte, sollte die Einwanderung nicht endlich durch eine von der Bundesregierung implementierte Höchstgrenze gedeckelt werden. Daran möchten die Autoren verdeutlichen, wie durch politische Repräsentation ein *Bezugskollektiv hergestellt [werde]* (S. 59), das in seiner ursprünglichen Zusammensetzung vor Veränderung und Auflösung bewahrt werden soll. Für das Wechselspiel sozialer Performanz zwischen Staat und Gesellschaft bedeute dies, dass kollektive Selbstbeschreibungen, wie die einer durch Fluchtmigration angeblich substantiell bedrohten Bürgergesellschaft, durch das politische System gestärkt und stabilisiert würden, auf die dann im Kampf um Macht, das heißt vor allem um Wählerzustimmung, wiederum Rücksicht genommen werden müsse. Die Variante der völkisch-nationalen Aneignung bzw. Forcierung solcher Identifikationsangebote zur schleichenden Ersetzung anderer staatlicher Universalismen hätte aber durchaus eingehender an Bourdieus Einlassungen zu den alten und neuen Teilungsprinzipien des Politischen diskutiert werden können.

Die folgenden Aufsätze verknüpfen ihre Anwendungsbeispiele für Bourdieus Begriffe meist ausdrücklich mit der Frage nach emanzipatorischen Projekten und Alternativen, die sich mehr oder weniger unter das von den Herausgebern vorgeschlagenem Projekt eines *progressiven Etatismus* (S. 15) subsumieren lassen. Den Anfang macht **Jens Kastner**, der das Konzept der *symbolischen Gewalt* zur Bezeichnung *der staatlichen Monopolisierung legitimer Standpunkte und Ausdrucksweisen* (S. 84), wie sie

² Pierre Bourdieu, Das politische Feld, in: Ders., Politik. Schriften zur Politischen Ökonomie 2, herausgegeben von Franz Schultheiß und Stefan Egger. Berlin: Suhrkamp, 2013, S. 97-112, hier: S. 105 – Hervorhebung i. O.

etwa bei der Auslese der ‚natürlich Begabten‘ im Schulwesen stattfindet, gegen Jacques Rancières Einwand verteidigt, Bourdieus Analysen zögen den Ausweg der außerinstitutionellen Selbstermächtigung der Subalternen nicht in Erwägung, wie sie sich in den momenthaften Einbrüchen des wahrhaft Politischen in die polizeiliche Verwaltung des Sinnlichen historisch immer wieder manifestiert habe. Denn grundsätzlich stelle Bourdieu heraus, so Kastners Gegenargument, dass die Universalisierung der Bildung historisch an den Staat gebunden gewesen sei (und bis heute ist). Es ergebe sich daraus zwar, dass *die darauf gründende Integration aller zugleich eine Unterordnung unter die Maßgaben des Staates als legitimatorische Letztinstanz des Sozialen ist.* (S. 84) Zu beachten sei jedoch: *Diese Unterordnung stehe der Integration nicht gegenüber, sondern setze sie voraus.* (S. 84)

Die staatliche *Aktivierungspolitik* von Arbeitslosen und Leistungsempfängern nach SGB II und III, wie sie vor anderthalb Jahrzehnten durch die damalige rot-grüne Bundesregierung eingeführt wurde, steht im Zentrum von **Wolfgang Ludwig-Mayerhofers** Untersuchung über die neuen Arbeitsmarktregime und die ihnen innewohnende symbolische Gewalt. Diese werde, wie der Autor u. a. mit den Auswertungen eigener Befragungen von Arbeitsvermittlern belegen möchte, nur *umso effektiver ausgeübt, je mehr sie das Herrschaftsverhältnis, das sie gleichzeitig repräsentiert und durchsetzt, dissimuliert* (S. 111). Diesen inhärenten Verschleierungseffekt von Herrschaft hatten Jean-Claude Passeron und Bourdieu schon in den sechziger Jahren bei der Einführung ihres Begriffs postuliert. Doch ließen sich auch die jüngeren Bedeutungsverschiebungen in der Einschätzung von Arbeit und Arbeitslosigkeit darunter fassen, etwa wenn heute *die Theoretiker der Aktivierung den Wert des Individuums gegenüber einem angeblich allumfassenden und entmündigenden Staat hochhalten [...] um kollektive Verantwortung und politische Solidarität zu leugnen* (S. 107) und darüber hinaus diejenigen als individuelle Versager denunzierten, die nicht den Weg zurück in ein Normalarbeitsverhältnis fänden. Bleiben hier auch die genaueren Ursachen für die hingenommenen Brüche in der Verwaltung des gesellschaftlichen Zeitbudgets, das zur Reproduktion der Dienstleistungs- und Gütermenge aufgewendet wird, undiskutiert – insbesondere warum der sanktionierenden, *rechten Hand des Staates* (Bourdieu) gegenüber der verteilenden *linken* so viel Bedeutung zuwachsen konnte – benennt dafür die Soziologin und frühe Bourdieu-Rezipientin

Margareta Steinrücke recht deutlich diverse Ursachenbündel für die Etablierung des neoliberalen Denkstils, die weit über die Wirtschafts- und Staatswissenschaften hinaus bis hin zum gesamtgesellschaftlichen Konsens reichte. Die Habitualisierung des männlichen Vollerwerbsmodells bzw. dessen Aufwertung als beizubehaltender Normalitätsanker wird von ihr hervorgehoben. Insbesondere sei aber die Mitwirkung der DGB-Gewerkschaften am Flexibilisierungsdiskurs über die Arbeitszeiten als Scheitern im Kampf um symbolische Benennungsmacht zu werten – etwa weil das Ziel einer 30-Stunden-Woche zu wenig als *kleine Vollzeit* apostrophiert und verfochten wurde. Somit sei der *doxa* (hier im Sinne einer unhinterfragten Vollzeithnorm) durch *das Nicht-Aufzeigen von Möglichkeiten einer Arbeitszeitverkürzung mit (mindestens für die unteren Lohngruppen) vollem Lohn- und Personalausgleich* (S. 125) auch von der potentiellen Gegenmacht zur Kapitalseite weiter vorgearbeitet worden.

Einen weiten Bogen spannt der Jenaer Kapitalismusforscher **Klaus Dörre** in seinen Ausführungen zum *Landnahme-Staat*, d. h. zur Renaissance der *gefährlichen Klassen* im Diskurs zur Inneren Sicherheit, indem er über die Gründe spekuliert, die zu einer Verschiebung der sozialen Teilungsprinzipien geführt hätten. Die Landnahme sei erfolgt im Sinne des Bedeutungsverlusts der Diskussion über prekäre *Arbeits- und Lebensverhältnisse in [den] geschützten Sektoren reicher Gesellschaften* und der an ihre Stelle getretenen *gesellschaftliche[n] Auseinandersetzung um den Schutz vor Gewalt* (S. 167). Dörre will mit Bourdieus Staatstheorie vor allem die aktuellen staatlichen Kräfteverhältnisse in Frankreich (aber auch in Deutschland) bestimmen, die zur *politischen Produktion neuer Unterlassen* (S. 183) geführt hätten. *Klassifizierend*, führt Dörre an zentraler Stelle aus, *wirken staatliche Institutionen beispielsweise, indem sie die Grenze sozialer Respektabilität in nationalen Gesellschaften verschieben oder verfestigen*. (S. 183) Die Abwertung der Bewohner aus den Banlieus als Kriminelle und Sozialschmarotzer, als Objekte autoritärer Fürsorge und polizeilicher Präventivmaßnahmen wiederum lasse diese erst recht *ihr Heil in gelegentlichen Regelverletzungen bis hin zu Aufständen, Rebellionen und Revolten suchen*. (S. 191) Im Unterschied zu den Straßenkämpfen von 2005 befriedigten die Angehörigen der neuen Unterlassen nunmehr verstärkt im militanten Islamismus ihre Bedürfnisse *nach einem moralischen Gerüst, nach Ideensystemen, die es [ihnen] ermöglichen, der ständigen Abwertung zumindest fiktiv zu entgehen*. (S. 191) Neue, adäquate

Prozesse eines Klassenkampfes von unten, mit denen ausdrücklich der Erhalt der demokratischen Strukturen verbunden werden könnten, befänden sich hingegen allenfalls im Anfangsstadium.

Einen anderen Blick auf soziale Anerkennungsprozesse im Gefüge der staatlichen Institutionen wirft die Untersuchung von **Marion Löffler**, die den aktuellen *Transformationen männlicher Herrschaft* nachspürt. Die heute verstärkt gegen die ‚Genderideologie‘ gerichteten Aggressionen, wie sie nicht nur von der organisierten Neuen Rechten, sondern auch von Spontankundgebungen sogenannter besorgter Bürger ausgehen, seien ein Indiz dafür, dass die Bindewirkung der *doxa*, also *der fraglosen Unterwerfung unter die Alltagswelt*³, nachgelassen habe. *Die Infragestellung der Natürlichkeit von Geschlecht hat also die akademischen Zirkel verlassen und ist in die politische Wahrnehmung eingesickert.* (S. 148) Einen linken Etatismus zur Herbeiführung der *symbolischen Revolution* (S. 162) stellt sie dabei einem nur vermeintlich staatskritischen Denken der rechten Populisten entgegen, das in Wirklichkeit *ein Projekt der symbolischen Restauration* (S. 162) der Geschlechterbeziehungen beinhaltet. In der jüngeren Vergangenheit hätten *Gleichstellungs- und Anerkennungspolitiken* (S. 157) – zum Beispiel die rechtliche Emanzipation der Homosexuellen – Bourdieu zufolge *auf eine Ambiguität des Staates* verwiesen, *der zum einen die männliche Herrschaft in seiner eigenen Struktur reproduziert, zum anderen aber seine symbolische Benennungsmacht auch dafür einsetzt, die androzentrische Hegemonie zu brechen.* (S. 157)

Bourdieu's Werk beschränke sich nicht darauf, *eine Kritik [des] Einverständnisses mit der bestehenden Ordnung zu entwickeln*, stellt der Mitherausgeber **Michael Hirsch** in seinen den Band abschließenden Reflexionen zum Denkstil eines erneuerten progressiven Staatsverständnisses heraus, sondern wende sich der Aufgabe zu, *auch andere, emanzipatorische Prinzipien der ‚Sichtung und Ordnung‘* (S. 198) zu konzipieren. Implizit gegen alle die staatliche Ordnung per se verwerfenden Tendenzen in den aktuellen kritischen Theorien gewandt, wirft er ein, dass *[o]hne eine im Staat zentrierte nicht nur rechtliche, sondern auch symbolische Gewalt* die geforderten neuen sozialen Teilungs- und Wahrnehmungsprinzipien kaum zu verankern seien,

³ Pierre Bourdieu, Die Ziele der reflexiven Soziologie. Chicago-Seminar, Winter 1987. [Gespräch mit Loïc Wacquant], in: Ders./Loïc Wacquant, Reflexive Anthropologie. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 1996, S. 95-249, hier: S. 104.

geschweige denn durchzusetzen. (S. 198) Die Etablierung der materiellen, rechtlichen und symbolischen Aspekte einer gerechteren Ordnung erfordere hingegen eine Art bewussten Kontraktualismus und ein neues Rechtsdenken, das, so Hirsch in der Nachfolge Wolfgang Abendroths und Helmut Ridders, einen Raum für die Entwicklung neuer *idées forces* (Bourdieu) schaffe und den Streit zwischen den Interessen verschiedener sozialer Gruppen und Klassen insbesondere auf staatsrechtlichem Gebiet forcieren.

Martin G. Maier ist Politologe und Mitarbeiter am Projekt „Wissensgeschichte der Politologie“ bei Portal Ideengeschichte und promoviert über Konservatismus in Deutschland nach 1968.